

POLEN

## Verzögerter Anpfiff

In einem Jahr beginnt die Fußball-Europameisterschaft, die Polen und die Ukraine ausrichten sollen. Doch mit den Vorbereitungen ist Warschau schwer in Verzug. Immer unwahrscheinlicher wird, dass es bis zum Anpfiff gelingt, das marode Fernstraßennetz zu modernisieren. Erst vor zwei Wochen waren die polnische Straßenbaubehörde und der chinesische Staatskonzern Covec im Streit auseinandergelangen. Die Arbeiten an den insgesamt 50 Kilometer langen Autobahnteilstücken zwischen Lodz und Warschau, die von Chinesen asphaltiert werden sollten, ruhen seit Anfang Mai. Andere ausländische Bauunternehmen streiten sich ebenfalls mit der Behörde. So baut der griechische Konzern J&P Avax 22 Kilometer Straße zur ukrainischen Grenze. Doch ähnlich wie die Chinesen klagen Avax-Manager über undurchsichtige Prozeduren bei der Straßenbaubehörde. Seit acht Monaten warte man zum Beispiel auf Genehmigungszertifikate für Baumaterialien. Warschau weist die Vorwürfe zurück. Die Betonmischung der Griechen habe nicht den geforderten Qualitätsstandards entsprochen. Streit um Bauvorschriften gab es auch mit einer irischen Firma, die für ein anderes Teilstück zuständig ist.



Lagarde

FRANKREICH

## Ministerin vor Gericht?

Vergangene Woche hörte der Internationale Währungsfonds (IWF) Finanzministerin Christine Lagarde an. In elf Tagen könnte gegen die Favoritin für den IWF-Chefposten allerdings in Paris ein Gerichtsverfahren wegen Amtsmissbrauchs eingeleitet werden. Das befürchtet sogar Lagardes Anwalt: „Da will jemand eine Rechnung begleichen, und angesichts der aufgeheizten Berichterstattung schließe ich

nicht mehr aus, dass der Gerichtshof der Republik am 8. Juli eine Untersuchung der Vorgänge empfiehlt“, sagte Yves Repiquet gegenüber dem SPIEGEL. Bei den Vorwürfen geht es um Zahlungen des französischen Staates an den Unternehmer Bernard Tapie. Der hatte 1993 seine Anteile am Unternehmen Adidas an die damalige Staatsbank Crédit Lyonnais veräußert, die sie kurze Zeit später für mehr als das Doppelte

SENEGAL

## Der ewige Präsident

Gern wäre er ein zweiter Nelson Mandela gewesen. Doch der hatte die Massen hinter und nicht gegen sich. Und so musste der greise senegalesische Präsident Abdoulaye Wade, 85, nun von seinem Plan erst mal lassen. Mit einer Verfassungsänderung wollte er die ohnehin zersplitterte Opposition vor den Wahlen im kommenden Jahr ausbooten und sich den Sieg schon im ersten Wahlgang sichern. Dabei hatte er vor, die notwendige Quote von mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf 25 Prozent abzusenken, um trotz einer ganzen Armada von Gegenkandidaten gleich auf Anhieb



Wade

gewählt zu werden. Doch vergangene Woche ging das Volk auf die Straße. Es hat genug von Preissteigerungen, Stromausfällen, den zu geringen Investitionen in Bildung und Gesundheit. Und von einem Präsidenten, der sich selbst Denkmale errichtet und sich noch einmal an der Spitze des Landes sehen will. Die Proteste eskalierten, Wade verstand und zog das Gesetz zurück. Er habe „auf das senegalesische Volk gehört“, sagte sein Sprecher. Eher hat er wohl an das Schicksal seiner Amtskollegen in Tunesien und Ägypten gedacht. Sein früherer Premier und heutiger Kritiker Moustapha Niasse sagte erst vor kurzem: „Was die Tunesier getan haben, können die Senegalesen auch.“ Wade regiert das Land seit elf

Jahren.

PAKISTAN

## Ungebremst ins Desaster

Ein Handy-Chip belastet die Beziehungen zwischen Washington und Islamabad. Er gehörte einem Kurier Bin Ladens, der zusammen mit dem Qaida-Führer in Abbottabad getötet wurde. Die von US-Terrorexperten ausgewerteten Telefonverbindungen zeigen, dass der Mann mit Mitgliedern der Islamistengruppe Harakat-ul-Mudschahidin sprach. „Die Organisation war schon früher ein entscheidender Verbündeter des pakistanischen Geheimdienstes ISI“, sagt der Terrorexperte Ahmed Rashid, „sie gehörte zur Qaida und leistet seit 20 Jahren logistische Unterstützung für Araber, die im Land waren.“ Zumindest Teile des Geheimdienstes könnten demnach von Bin Ladens Aufenthaltsort gewusst haben. Außenministerin Clinton erklärte, die USA seien unter diesen Bedingungen nicht mehr bereit, Pakistan unbegrenzt Militärhilfe zu leisten. „Die gespannte Beziehung der USA zu dem